

## **Gemeinderats-Sitzung Widdern, 21. Januar 2016**

### **TOP2 „Entscheidung über den Antrag von Herrn Dirk Völker aus dem Gemeinderat auszuscheiden“**

Sie alle haben bereits am 17.12. meine Erklärung gehört, in der ich begründet habe, warum ich unter den derzeitigen Umständen nicht als Gemeinderat tätig sein kann. Über 550 Abrufe auf unterkessach.de zeigen, dass es offensichtlich ein reges Interesse an diesem Thema gibt.

Nachdem mir vorgeworfen wurde, ich hätte den Gemeinderat als „Esel“ bezeichnet und auch die Heilbronner Stimme meine Äußerung im Dezember nur verkürzt zitiert hat, möchte ich folgendes klarstellen: Ich habe davon gesprochen, dass ein Karikaturist dieses Gremium derzeit „vermutlich eher als jämmerlichen Esel darstellt, der sich vor den Karren der Verwaltung spannen lässt, denn als stolzen Kutscher, der die Pferde der Verwaltung vorantreibt“.

Der zweite Halbsatz (vom stolzen Kutscher der die Pferde vorantreibt) ist leider in der öffentlichen Wahrnehmung komplett verloren gegangen. Damit habe ich zum Ausdruck bringen wollen, dass es eigentlich Aufgabe des Gemeinderats wäre, als Hauptorgan der Gemeinde zu agieren und wie der Kutscher einer prächtigen Karosse, die starken Pferden voranzutreiben.

Stellen Sie sich doch einfach die Kutsche des britischen Königshauses vor, gezogen von prächtigen Pferden. Darin kann dann meinetwegen König Olma sitzen: wie die englische Königin als reiner Repräsentant der Gemeinde aber ohne Macht. Denn die Macht liegt in England beim Parlament und in Widdern sollte sie beim Gemeinderat liegen.

Genau diese Aufgabe nimmt der Gemeinderat derzeit aber nicht wahr. Wer meine Karikatur somit auf den Esel reduziert, scheint sich wohl ertappt zu fühlen.

Dieses Gremium lässt zu, dass in Widdern Demokratie, rechtsstaatliche Prinzipien und die Gemeindeordnung mit Füßen getreten werden. Beispiele hierfür habe ich Ihnen vorgelegt. Ich habe in den vergangenen 18 Monaten immer wieder versucht, diese Problematik dem Gremium aufzuzeigen. Dafür habe ich von vielen Menschen in der Bevölkerung Zuspruch und Rückhalt erhalten. Doch anstelle sich in diesem Gremium konstruktiv mit Kritik auseinander zu setzen, scheint die Mehrheit dieses Gremiums lieber den Kritiker mundtot machen zu wollen.

Es ist nicht mein Wunsch, in jedem Fall aus diesem Gremium auszuscheiden. Genauso wenig wie es je mein Wunsch war, Gemeinderat oder Ortsvorsteher zu werden. Ich habe mich auf Bitten aus der Bevölkerung und seitens des gesamten Ortschaftsrats vor 18 Monaten dazu bereit erklärt, diese arbeitsintensiven Tätigkeiten zu übernehmen. Im März 2015 hat der Ortschaftsrat übrigens nochmals mein Vorgehen einstimmig befürwortet. Wenn irgend jemand Probleme mit meinem Vorgehen gehabt hätte, hätte er spätestens im März ausreichend Gelegenheit gehabt, sich zu äußern und für Veränderung zu sorgen.

Mein Wunsch ist es, dass in diesem Gremium Demokratie, Recht und Gesetz respektiert und ausgeübt werden und damit die Voraussetzungen für eine ordentliche Ausübung des Mandats bestehen. Sollte dies künftig der Fall sein, bleibe ich selbstverständlich Teil dieses Gremiums. Werden aber weiterhin Demokratie, Recht und Gesetz so missachtet, wie dies in den vergangenen 18 Monaten häufiger der Fall war, werde ich mich nicht mitschuldig an künftigen Verfehlungen machen.

Bürgermeister Olma hat meine persönliche Entscheidung vom 17.12. zu einem Antrag an das Gremium umgedeutet. Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Das was von ihm formuliert wurde, ist sein aber nicht mein Antrag. Die Situation heute ist eine andere als am 17.12. Im Dezember war es meine eigene Entscheidung, wie ich mit einer Situation umgehe, in der die Voraussetzungen für eine ordentliche Ausübung meines Mandats als Gemeinderat nicht mehr gegeben sind. Dort gibt es nur eine Lösung: die Tätigkeit beenden.

Wie ich inzwischen lernen musste, kann ein solches Vorgehen mit einem Ordnungsgeld belegt werden. Angesichts vergangener Aktivitäten diesbezüglich, muss ich davon ausgehen, dass BM Olma und sie nicht zögern würden, ein solches Ordnungsgeld gegen mich tatsächlich zu verhängen. Daher ist die Thematik heute eine Entscheidung des Gemeinderats.

Aber dieses Gremium hat mehr Lösungsalternativen als ich. Sie können dafür sorgen, dass die Voraussetzungen für die ordentliche Ausübung meines Mandats vorhanden sind. Oder sie können mich durch Herrn Frank ersetzen und weiterhin Demokratie, Recht und Gesetz missachten. Zwei Möglichkeiten heute statt einer im Dezember! Dass der Bürgermeister die offensichtlichere Lösungsalternative ausblendet und stattdessen lieber mich als Kritiker los werden möchte, hat erneut wenig mit rechtsstaatlichem Vorgehen zu tun.

Angesichts meiner Ausführungen vom 17.12. würde ich selber zunächst nur demokratisches, rechtsstaatliches und auf die Gemeindeordnung basierendes Vorgehen im Ratsgremium beantragen, um damit die Voraussetzung zu schaffen für eine ordentliche Ausübung meines Mandats. Erst wenn das Gremium ein solches Vorgehen nicht unterstützt, lässt sich daraus in Konsequenz ein Antrag auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat ableiten. Ob die heutige Sitzungsvorlage des Bürgermeisters und der von ihm heute formulierte Antrag die vorliegende Situation daher korrekt wiedergibt, müssen Sie entscheiden.

Es liegt bei Ihnen, ob Sie sich meinen vorgebrachten Argumenten anschließen oder nicht. Es liegt auch bei Ihnen, welche Konsequenzen Sie ziehen. Wohlgermerkt geht es nicht darum, ob es Ihnen gefällt oder nicht gefällt, dass ich im Gemeinderat bin. Es geht nicht darum, ob Sie mich und meine Art mögen. Und es geht auch nicht darum, ob die Zusammenarbeit im Gremium ohne meine Person vielleicht einfacher wäre.

Sollte es nun zu einer Abstimmung über den Antrag des Bürgermeisters kommen, geht es nur darum, ob die von mir genannten Gründe zutreffen und wichtig sind – um mehr nicht. Also darum, ob die Tatsache zutrifft, dass in diesem Gremium eine demokratische, an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierte und auf die Gemeindeordnung basierende Zusammenarbeit nicht möglich ist, so lange Bürgermeister Olma so wie in der Vergangenheit agiert.

Sie haben dann vermutlich drei Möglichkeiten:

Entweder Sie stimmen zu und bestätigen damit meine Argumentation. Mit Ihrer Zustimmung erkennen Sie dann auch an, dass in diesem Gremium bewusst gegen die von Ihnen allen in der Verpflichtung gelobten Aussagen verstoßen wird. Dort hat jeder von Ihnen „Gehorsam gegenüber den Gesetzen und die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten“ gelobt. Wenn Sie nun also mehrheitlich feststellen sollten, dass in diesem Gremium gegen Demokratie, Rechtsstaat und die Gemeindeordnung verstoßen wird, muss diese Abstimmung zwangsläufig signifikante Konsequenzen für die künftige Arbeit im Gremium haben. Wenn dieses Gremium aber künftig anders als bisher arbeitet, dann entfallen die Grundlagen dafür, meine Gründe als wichtig anzusehen. Sie erinnern sich, dass die Rechtsaufsicht in der Vergangenheit bereits mehrfach Verfehlungen des Bürgermeisters mit der Argumentation nicht geahndet hat, dass der Bürgermeister für die Zukunft Besserung versprochen hat. Die juristische Aufarbeitung einer solchen zustimmenden Entscheidung des Gremiums dürfte spannend werden. Auch dürfte es bundesweit einzigartig sein und Widdern eine traurige Berühmtheit bescheren, dass ein Gemeinderatsgremium von sich selber behauptet, Demokratie und Rechtsstaat zu missachten.

Oder Sie stimmen jetzt nicht zu und erkennen die genannten Gründe nicht an. Dann muss ich im Gemeinderat verbleiben und es wird von uns allen abhängen, was wir dann aus dieser Situation zukünftig machen. Wir können weitermachen wie bisher, uns gegenseitig blockieren und nach allen Regeln der Kunst gegenseitig das Leben schwer machen ... dann gilt im Zweifelsfall der demokratische und rechtsstaatliche Mindeststandard, den ich schon aus Eigenschutz konsequent durchsetzen werde. Oder dieses Gremium entwickelt sich endlich zum Kutscher und nimmt die Zügel selbst in die Hand, anstelle sich vom Bürgermeister vorführen zu lassen.

Ihre Dritte Abstimmungsmöglichkeit ist die Enthaltung. Doch damit überlassen Sie die Entscheidung letztlich nur einigen wenigen Meinungsmachern.

Oder: vielleicht vertagen Sie ja auch die Abstimmung und sorgen dafür, dass nicht erneut unklar ist, worüber in diesem Gremium eigentlich gerade abgestimmt wird.

Die Entscheidung über das weitere Vorgehen liegt nun jedenfalls beim Gemeinderat – nicht bei der Verwaltung! Trotzdem hat sich Bürgermeister Olma offensichtlich schon entschieden und Ihnen einen Antragsvorschlag mit Zustimmung vorformuliert. Dies ist umso erstaunlicher, als dass er damit einmal mehr deutlich macht, wer derzeit hier der Kutscher zu sein scheint. Und auch er bestätigt damit, dass sich der Widderner Gemeinderat unter seiner eigenen Führung nicht der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Gemeindeordnung verpflichtet fühlt.

Sind Sie sich eigentlich sicher, dass Sie der Empfehlung des Bürgermeisters vertrauen können? Wenn etwas schief läuft, bringt Bürgermeister Olma ja gerne zum Ausdruck, dass es im Zweifelsfall eine Entscheidung des Gemeinderats war und nicht seine. So sind letztlich ja auch die Gemeinderäte verantwortlich für die immensen Kostenüberschreitungen beim Rathaus, denn es waren ja Ihre Entscheidungen ... auch wenn diese allesamt auf Empfehlungen der Verwaltung beruhten. Sie sollten sich fragen: Basiert seine heutige

Empfehlung auf Recht und Gesetz? Hat er überhaupt die Situation richtig wiedergegeben? Oder werden hier erneut Tatsachen so verdreht, dass Herr Olma's persönlicher Wunsch erfüllt werden kann? Vielleicht ist das hier alles ja nichts anderes als ein Test, mit dem ich Ihnen zeige, wie sehr dieses Gremium als Marionette der Verwaltung agiert?

Wie auch immer die Entscheidung nun ausfällt: herzlichen Dank für die Lebenserfahrung, die ich in den vergangenen 18 Monaten in der Zusammenarbeit mit Ihnen sammeln durfte! Sie haben mir leider bestätigt, dass es in der Widderner Lokalpolitik bislang gar nicht um die Sache geht. Worum es hier gehen soll und wer eigentlich für was kämpft, ist mir bis heute ein Rätsel geblieben. Kein Wunder, dass Widdern seit Jahren Schlusslicht der Statistiken und Spielball der Mächtigeren ist.

Ich bedauere, dass das Landratsamt in dieser Problematik nicht moderierend einschreitet. Mit Blick auf die später noch zu diskutierende Thematik der Flüchtlingsunterbringung, könnte man jedoch geneigt sein, die Karikatur von den Eseln und Kutschern noch um den Handel von Kühen zu ergänzen.

Ein Hinweis noch zu manchen Vorwürfen, ich würde mich aus der Verantwortung ziehen wollen. Dass ich mich jetzt auch noch für meine Erfolge für Unterkessach und die Gesamtstadt rechtfertigen muss, scheint die traurige Wahrheit von Politik zu sein. Solche Vorwürfe entbehren jeglicher Substanz, da ich keinerlei Versprechungen und Hoffnungen gemacht habe, die ich nicht bereits schon mehr als eingelöst habe. Eine Mio. Euro Fördergelder, die ich für Unterkessach an Land gezogen habe und viele, viele andere Ergebnisse ... die Bilanz von 18 Monaten könnte sehr viel schlechter aussehen! Manch andere Mitglieder dieses Gremiums scheinen Erfolg ja eher an der Anzahl der teilgenommenen Sitzungen zu messen als an den erarbeiteten Resultaten.

Last but not least beantrage ich namentliche Abstimmung. Nach §23 (3) Satz 4 der Geschäftsordnung kann dies auf Antrag eines Viertels der Stadträte erfolgen. Da später im Protokoll das Abstimmungsergebnis sowieso namentlich dokumentiert wird, sollte es ja für niemanden ein Problem darstellen, wenn durch die namentliche Abstimmung bereits heute dem Publikum die Haltung jedes einzelnen Ratsmitglieds zu diesem Thema transparent wird.